

Fahne gedruckt werden kann, damit das Studium der Akten einfacher und leichter wird.

**M. Aubert:** Puisque le postulat s'adresse en partie au Bureau, le Bureau en a délibéré et m'a chargé de donner la réponse suivante: Le souci de M. Knüsel est tout à fait légitime, son postulat nous paraît justifié, le Bureau est prêt à l'accepter. Tout au plus pourrais-je ajouter en mon nom personnel que ce n'est pas seulement lors de révisions partielles de la loi, mais c'est aussi parfois lors de révisions totales qu'il pourrait être utile de connaître exactement quel est le contenu de l'ancienne loi et quelles sont les nouveautés que le projet prétend y apporter.

*Ueberwiesen – Transmis*

86.001

## **Immunität von Nationalrat Oehler. Aufhebung**

### **Immunité parlementaire du conseiller national Oehler. Levée**

Beschluss des Nationalrates vom 20. Juni 1986  
Décision du Conseil national du 20 juin 1986

#### *Antrag der Kommission*

- auf die Gesuche der Bezirkgerichte von St. Gallen, Arbon und Horgen einzutreten
- die parlamentarische Immunität von Nationalrat Oehler nicht aufzuheben.

#### *Proposition de la commission*

- d'entrer en matière sur les requêtes présentées par les tribunaux de district de Saint-Gall, d'Arbon et de Horgen
- de ne pas lever l'immunité parlementaire de M. Oehler.

Frau **Meier Josi:** Nationalrat Oehler hat Nationalrat Ruf im Anschluss an die Sommersession 1985 in der «Ostschweiz», wo er damals Redaktor war, sowie während der Herbstsession desselben Jahres in Interviews mit zwei anderen Zeitungen scharf angegriffen. In allen drei Fällen reichte der Angegriffene bei den im Antrag erwähnten Gerichten gegen Nationalrat Oehler Strafklage wegen Ehrverletzung ein. Dieser berief sich auf seine parlamentarische Immunität, da die Aeusserungen im Anschluss an Auseinandersetzungen über die Asylpolitik erfolgt seien.

Der Nationalrat hat auf den Antrag seiner Petitions- und Gewährleistungskommission in der Sommersession 1986 nach eingehender Debatte die Aufhebung der Immunität abgelehnt. Er ging davon aus, zwischen der amtlichen Tätigkeit von Nationalrat Oehler und dessen Aussagen in den drei Publikationen sei keine scharfe Trennung möglich.

Die entsprechenden Unterlagen stehen Ihnen im Amtlichen Bulletin der Sommersession 1986 zur Verfügung. Den Bericht der ständigen Kommission des Erstrates haben Sie vor sich. Dessen Inhalt darf als bekannt vorausgesetzt werden. Herr Oehler hat darauf verzichtet, sich vor Ihrer Kommission erneut verläuten zu lassen. Er verwies auf die Vorakten.

Die Immunität der Parlamentarier ist im Verantwortlichkeitsgesetz geregelt. Gemäss Artikel 2 ist sie absolut für all das, was der Parlamentarier in Rats- oder Kommissionsverhandlungen sagt. Der Gesetzgeber hat dafür bewusst weder zivil- noch strafrechtliche Sanktionen vorgesehen. Schon vor 60 Jahren hat das Bundesgericht in einem Falle Dellberg entschieden, dass auch ausserhalb der Räte wiederholte Aussagen geschützt bleiben. «Le privilège est de taille, mais il est heureusement compensé par la placidité de nos hom-

mes politiques», sagt dazu Kollege Aubert in seinem Kommentar zum Verfassungsrecht. Dieses Votenprivileg schützt nicht die bösen Zungen des Parlamentarier, sondern die wesensnotwendige Redefreiheit des Parlamentes.

Bei Handlungen ausserhalb des Parlamentes bestehen sogenannte Verfolgungsprivilegien. Auch sie wollen nicht den Parlamentarier, sondern primär die Funktionsfähigkeit des Parlamentes schützen und Sanktionen dem Wähler überlassen.

Bezieht sich eine Handlung auf die amtliche Tätigkeit oder Stellung des Parlamentarier, braucht es zur Strafverfolgung nach Artikel 14 des Gesetzes die Ermächtigung beider Räte.

Wir haben also im Falle Oehler über zwei Fragen zu entscheiden: 1. Besteht ein Zusammenhang zwischen den drei Aeusserungen mit seiner parlamentarischen Tätigkeit oder Stellung?

2. Wenn ja, wollen wir die Ermächtigung erteilen oder nicht? Bevor ich antworte sei noch an folgendes erinnert: Gemäss Verantwortlichkeitsgesetz kommt die Priorität jener Kammer zu, der das Mitglied angehört. 1982 hat der Ständerat im Falle Leuenberger die Auffassung vertreten, es gehe nicht allein um die zeitliche Priorität. Vielmehr sei gerade wegen dieser Zugehörigkeit eines Mitgliedes dem Urteil des Erstrates jeweils auch ein besonderes Gewicht beizumessen, ohne dass freilich dadurch die Entscheidungsfreiheit des Zweirates geschmälert werden dürfte (vergleiche Amtliches Bulletin 1982 Seite 376). Vom Entscheid des Erstrates über einen seiner Kollegen sollte daher nicht ohne Not abgewichen werden. Ihre Kommission hat die beiden Fragen wie folgt beantwortet:

1. Eine Beziehung zwischen der Tätigkeit eines Parlamentarier und Sessionsinterviews kann kaum bezweifelt werden. Zeitungen pflegen nicht Redaktoren der Konkurrenz über die Ratsessionen zu interviewen, es sei eben wegen derer parlamentarischer Stellung und Tätigkeit. Nach Auffassung Ihrer Kommission blieb der Erstrat auch im Rahmen seines Ermessens, als er diesen Zusammenhang bei der Kolumne in der «Ostschweiz» zum offenen Brief von Nationalrat Ruf als gegeben annahm. Dieser Schluss erscheint in unserem Milizsystem zulässig, weil Nationalrat Oehler seinen Kolumnenlesern regelmässig mit politischen Themen als Parlamentarier gegenübertrat, vor allem aber, weil ein enger zeitlicher und sachlicher Zusammenhang des Angriffes mit der zu dieser Zeit laufenden parlamentarischen Auseinandersetzung über die Asylpolitik bestand.

Der Angriff richtet sich denn auch gegen ein konkretes politisches Vorgehen in der Asylpolitik eines Parlamentarier und visierte kein anderes Tun oder Handeln der angegriffenen Person an. Wenn die Aussagen teils wörtlich wieder in das Parlament zurückgetragen wurden – wobei sich die Gegner gar nichts schuldig blieben –, verstärkt das den Eindruck, dass die inkriminierten Aussagen eben primär mit der Stellung und Tätigkeit Nationalrat Oehlers als Parlamentarier zusammenhängen, so dass die zweite Frage, jene der Ermächtigung, sich wirklich stellt. Wir beantworten sie folgendermassen:

2. Materiell hält Ihre Kommission die Aufhebung der Immunität für nicht opportun. Der Gesetzgeber hat mit der Einräumung der Möglichkeit, die Strafuntersuchung vom Vorentscheid einer nichtrichterlichen Behörde abhängig zu machen, anerkannt, dass im Bereich staatlicher Tätigkeit auch ausserhalb der strafrechtlichen Ueberlegungen auf ein Strafverfahren verzichtet werden darf. Ginge es beim Ermächtigungsentscheid nur darum, das Vorliegen eines Rechtsgrundes zu prüfen oder abzuklären, ob ausreichende Verdachtsgründe vorhanden sind, so wäre die Zuständigkeit einer nichtrichterlichen Behörde weder notwendig noch zweckmässig. Diese Meinung hat das Bundesgericht bei der Prüfung kantonaler Immunitätsbestimmungen vertreten. Ich verweise auf BGE 106 IV 43.

Die Kommission stützt ihren Entscheid, die parlamentarische Immunität von Nationalrat Oehler nicht aufzuheben, in erster Linie auf die Praxis der eidgenössischen Räte, die bei der Aufhebung der Immunität ihrer Mitglieder sehr zurück-

haltend ist. Sie ruft weiter den Sinn der parlamentarischen Immunität in Erinnerung, die den Parlamentarier von einer Behinderung in seiner Mandatsausübung bewahren und das Parlament als Institution sowie den Ratsbetrieb schützen will. Eine allzu enge Interpretation des Begriffs der parlamentarischen Immunität würde die Meinungsäusserung der Ratsmitglieder, vor allem auch gegenüber der Presse, einschränken.

Die Kommission weist auch auf den Grundsatz der Verhältnismässigkeit hin, der in der Beurteilung der Frage, wo die Immunität eines Ratsmitgliedes aufzuheben und die Einleitung einer Strafuntersuchung opportun sei, stets von Bedeutung war. Es kann nach Meinung der Kommission nicht dem Willen des Gesetzgebers entsprechen, bei blossen Antragsdelikten das aufwendige Ermächtungsverfahren einzuleiten, erst recht nicht, wenn beide Parteien im Strafprozess derselben Ratskammer angehören, wo sie ihre Auseinandersetzungen direkt beilegen können. Neu zu prüfen wäre jedoch die Frage, wenn persönliche Angriffe sich gegen ein Nichtmitglied des Parlamentes richten würden. Die Kommission gibt abschliessend ihrer festen Erwartung Ausdruck, dass diese Art Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern der eidgenössischen Räte nicht Eingang finde in die politische Kultur der Schweiz. Nach ihrer Ueberzeugung sind persönliche Angriffe auf einen politischen Gegner dem Ruf des Parlamentes abträglich und kein tauglicher Ersatz für fehlende sachliche Argumente. Sollten derartige Unsitten überhand nehmen, bliebe nur eine Einschränkung der Immunitätsbestimmungen übrig. Ehrverletzungen müssen dann, ähnlich wie etwa in der Bundesrepublik Deutschland, bewusst davon ausgeschlossen werden.

Für dieses Mal beantragt Ihnen die Kommission, die Ermächtigung zur Strafverfolgung nicht zu erteilen.

**Präsident:** Wird das Wort aus der Mitte des Rates gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Es liegt kein Gegenantrag vor.

*Angenommen – Adopté*

## Petitionen -- Pétitions

85.264

**Helvetia Nostra, Montreux. Schutz des Bergdorfes Morschach am Vierwaldstättersee**

**Pétition demandant la mise sous protection du village de montagne de Morschach au bord du lac des Quatre-Cantons**

Mme Meier Josi présente au nom de la Commission des pétitions le rapport écrit suivant:

1. L'association Helvetia nostra a adressé le 10 octobre 1983 une pétition au Parlement dans laquelle elle demandait aux Chambres fédérales

– d'enjoindre au Conseil fédéral de prendre de toute urgence des mesures aux fins de protéger le village de Morschach au bord du lac des Quatre-Cantons ainsi que le site environnant,

– de prendre par la voie d'un arrêté fédéral urgent les dispositions propres à garantir le respect de l'article 22quater, 1er alinéa de la Constitution, qui donne mandat d'assurer une utilisation judicieuse du sol et une occupation rationnelle du territoire.

A l'appui de leur pétition l'association invoque les arguments suivants:

1.1. La loi fédérale du 22 juin 1979 sur l'aménagement du territoire, qui se fonde sur l'article 22quater cst. dispose que les bases naturelles de la vie, telles que le sol, l'air, l'eau, la

forêt et le paysage doivent être protégées. L'article 17 de cette loi précise que notamment les paysages d'une beauté particulière, d'un grand intérêt pour les sciences naturelles ou d'une grande valeur en tant qu'éléments du patrimoine culturel, doivent être intégrés dans les zones à protéger.

1.2. La loi du 12 juin 1951 sur le maintien de la propriété foncière rurale, établie en vertu de l'article 31bis cst., a pour buts de protéger la propriété foncière rurale, fondement d'une paysannerie saine et capable d'un effort productif, d'encourager l'utilisation du sol, d'affermir le lien qui existe entre la famille et le domaine et de favoriser la création et le maintien d'entreprises agricoles.

1.3. Force est de constater qu'en dépit de dispositions constitutionnelles et légales sans équivoque, des spéculateurs défigurent en toute impunité des paysages suisses d'une beauté particulière en construisant, le plus souvent au moyen de fonds étrangers, de grands ensembles, sacrifiant ainsi au béton des terrains agricoles.

1.4. Nous avons aujourd'hui affaire à un tel cas: celui du petit village de Morschach, situé dans un lieu idyllique. Cette localité et les terres agricoles avoisinantes sont directement menacées par les visées de M. Meinrad Camenzind, un spéculateur qui s'est taillé en Suisse centrale la réputation de destructeur de sites. Le complexe qu'il envisage d'édifier – il comprend un apparthôtel équipé d'une piscine, d'installations de sport et d'une aire de parcage, et doté de nombreuses dépendances conçues sous la forme de maisons de vacances – réduirait à néant le pittoresque de ce village de montagne, défigurant ainsi l'un des plus beaux sites au bord du lac des Quatre-Cantons. En outre, il faudrait sacrifier un terrain agricole pour permettre l'aménagement de l'aire de parcage nécessaire au complexe hôtelier.

Or, dans le message daté du 19 septembre 1983 que le Conseil communal a adressé aux citoyens de la commune en vue de l'Assemblée communale extraordinaire du 7 octobre 1983, celui-ci passe sciemment sous silence le fait que le complexe hôtelier ne saurait être construit sans aire de parcage, de manière à faire croire aux citoyens que le premier et le deuxième sont des projets distincts.

1.5. Il y a urgence puisque les autorités de la commune de Morschach ont adressé aux électeurs un message qui fourmille de grossières imprécisions, et dans lequel on leur fait croire que le 23 octobre ils voteront sur une simple révision du plan d'aménagement, alors qu'en fait ils se prononceront sur une extension de la zone à bâtir destinée à permettre la réalisation du complexe hôtelier dont Camenzind est le promoteur. Il est donc impérieux que les autorités fédérales interviennent directement, en application de l'article 37 de la loi sur l'aménagement du territoire.

1.6. Le cas de Morschach a révélé combien il était indispensable que les organisations écologiques disposent d'un droit de recours. Il serait souhaitable que ce droit, qui est établi dans la loi sur la protection de l'environnement récemment adoptée par les Chambres, soit aussi expressément prévu dans la loi sur l'agriculture et dans la loi sur l'aménagement du territoire.

2. La Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales du Conseil national a demandé le 29 mai 1984 à la commune de Morschach de se prononcer par écrit sur cette pétition. Elle a entendu l'avis des spécialistes de l'administration sur la compatibilité du projet contesté avec les exigences de la protection de la nature et du paysage, ainsi que de l'aménagement du territoire. Le 10 septembre 1984, elle a procédé à l'audition du chef du département de la justice du canton de Schwyz et ensuite à un débat général. Comme un recours de droit public avait été formé contre la votation communale portant sur le plan de zone et le règlement de construction, votation qui s'était déroulée du 19 au 23 octobre 1983, la commission a décidé de suspendre ses travaux jusqu'à ce que l'arrêté du Tribunal fédéral soit connu.

Après la décision du Tribunal fédéral, la commission a repris ses travaux. Elle a constaté qu'il ne lui appartenait pas de se prononcer sur l'opportunité de construire la station de cure et de sport projetée. Elle doit uniquement déterminer s'il

## **Immunität von Nationalrat Oehler. Aufhebung**

## **Immunité parlementaire du conseiller national Oehler. Levée**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.001
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.12.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	837-838
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 944

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.